

BMI - III/1/a (Referat III/1/a)  
[BMI-III-1@bmi.gv.at](mailto:BMI-III-1@bmi.gv.at)

**Mag. Julian-Peter Sixtl**  
Sachbearbeiter/in

[Julian-Peter.Sixtl@bmi.gv.at](mailto:Julian-Peter.Sixtl@bmi.gv.at)  
+43 1 53126 90/2495  
Herrengasse 7, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der  
Geschäftszahl an [BMI-III-1@bmi.gv.at](mailto:BMI-III-1@bmi.gv.at) zu richten.

An das

Bundesministerium für Finanzen

GZ: BMF-460000/0005-III/6/2019

per Mail

Geschäftszahl: BMI-LR1423/0013-III/1/a/2019

## **Legistik und Recht; Fremdlegistik; BG-BMF - Bundesministerium für Finanzen**

### **Begutachtungsentwurf eines Bundesgesetz mit dem das Finanzmarkt- Geldwäschegesetz - FM-GwG, das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz – WiEReG, das Kontenregister- und Konteneinschaugesetz KontRegG und das Glücksspielgesetz - GSpG geändert werden - Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Seitens des Bundesministeriums für Inneres darf zum im Betreff angeführten Entwurf  
Folgendes angemerkt werden:

Im Rahmen der Novelle BGBl. I Nr. 118/2016 wurde § 16 Abs. 5 FM-GwG eingeführt, der die  
Geldwäschemeldestelle ermächtigt, erforderliche Daten zu ermitteln und gemeinsam mit  
Daten, die sie in Vollziehung von Bundes- oder Landesgesetze verarbeitet hat oder  
verarbeiten darf, zu verarbeiten. In den erläuternden Bemerkungen ist ergänzend  
festgehalten, dass durch diese Bestimmung die Rechtsgrundlage für die Führung einer  
Analysedatenbank durch die Geldwäschemeldestelle geschaffen wurde. Im Sinne einer  
Klarstellung darf angeregt werden, dies auch im Gesetzestext entsprechend abzubilden.

Diesbezüglich darf nachstehend ein Vorschlag für eine Ergänzung des § 16 Abs. 5 FM-GwG übermittelt werden (Ergänzung im Text fett markiert). Hinsichtlich der vorgeschlagenen Formulierung darf ausgeführt werden, dass es sich hierbei um eine im Anwendungsbereich des SPG übliche Formulierung für Datenverarbeitungsbestimmungen handelt, in denen die Analyse als „spezielle Form“ einer Datenverarbeitung zur Erfüllung einer gesetzlich zugewiesenen Aufgabe eingesetzt wird (vgl. §§ 53a Abs. 2 und 58a SPG).

„§ 16 (1) bis (4)...

*(5) Zur Verhinderung oder zur Verfolgung von Geldwäscherei oder von Terrorismusfinanzierung ist die Geldwäschemeldestelle ermächtigt, die erforderlichen Daten von natürlichen und juristischen Personen sowie von sonstigen Einrichtungen mit Rechtspersönlichkeit zu ermitteln und gemeinsam mit Daten, die sie in Vollziehung von Bundes- oder Landesgesetzen verarbeitet hat oder verarbeiten darf, **mittels operativer oder strategischer Analyse** zu verarbeiten. Die Daten sind zu löschen, sobald sie für die Erfüllung der Aufgaben nicht mehr benötigt werden, längstens jedoch nach fünf Jahren. Übermittlungen sind nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 Z 1 und 2 BKA-G zulässig.“*

30. April 2019

Für den Bundesminister:

i.V. RL Mag. Christine Schleifer-Tippl

Elektronisch gefertigt

